Avanti ²

ISO Rhein-Neckar

Konferenz gegen BR-Mobbing in Mannheim, 14.10.2017.

Foto: helmut-roos@web.de

Bundesweite Konferenz in Mannheim fordert: Gegen BR-Mobbing kämpfen

H. N.

Bereits die 4. bundesweite Tagung „Betriebsräte im Visier - Bossing, Mobbing & Co.“ fand am 14. Oktober 2017 im Mannheimer Gewerk-

Aus unterschiedlichen Betrieben und Branchen berichteten KollegInnen über ihre schockierenden Erfahrungen. Diese be-

schaftshaus statt. Über 100 TeilnehmerInnen aus 30 Orten und 6 Einzelgewerkschaften hatten sich für diesen Kongress angemeldet.

legen die weiter gewachsene Aggressivität gegenüber gewerkschaftlich aktiven Mitgliedern von Interessenvertretungen.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in Berlin rauft sich derzeit eine weitere prokapitalistische Bundesregierung (eine „Jamaica“-Koalition) zusammen. Wenn sie denn zustande gekommen ist, wird sie die neoliberale Agenda-Politik ihrer Vorgängerinnen verschärft fortführen.

Die dann zu erwartenden Angriffe auf die demokratischen, sozialen und ökologischen Interessen der großen Mehrheit werden auch in der Rhein-Neckar-Region zu spüren sein.

Wir befassen uns in dieser *Avanti*² mit einem der Brennpunkte des Klassenkampfes von oben – dem Mobbing von Betriebsräten. Zu diesem Problem hat in Mannheim am 14. Oktober die vierte bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ stattgefunden.

Anlässlich des hundertsten Jahrestags der Oktoberrevolution beschäftigen wir uns ein weiteres Mal mit der Bedeutung und den Auswirkungen dieses Ereignisses, das „alles veränderte“.

Wir hoffen, dass diese und die anderen Themen auf Euer Interesse stoßen!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	GESCHICHTE
01 BR-MOBGING I Wie bekämpfen?	05 OKTOBER 1917 Änderte sich alles?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	06 OKTOBER 1917 Das Scheitern
02 BR-WAHLEN Jetzt vorbereiten!	07 LITERATUR Links, Links, Links?
03 BR-MOBGING II Was tun?	RÜCKBLLENDE / TERMINE
04 BR-MOBGING III Ein Betroffener berichtet	08 ROTER OKTOBER Was Rosa dazu sagte
	08 Termine

Fortsetzung von Seite 1

Skandalöse Rechtsbrüche nehmen zu

Mit sogenannten Verdachtskündigungen, mit Bspitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird gegen engagierte Betriebsräte vorgegangen. In der Folge kommt es bei Betroffenen oft zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbstmordversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

Diese skandalösen Rechtsbrüche haben Unternehmensleitungen und ihre Helferhelfer in spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Detekteien zu verantworten.

Auf der Konferenz kam aber nicht nur die Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland an aktuellen Beispielen zur Sprache. Es wurden auch die Möglichkeiten einer erfolgreichen Abwehr des Betriebsrats-Mobbings aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.

Klaus Stein, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, betonte in seinem Grußwort die Notwendigkeit einer konsequenten Gegenwehr und sicherte Betroffenen wirksame Solidarität zu.

Gerhard Klas, work-watch Köln, forderte die Gewerkschaften auf, Opfern von BR-Mobbing unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren.

Susanne Kim und Philipp Zysas vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt referierten zum Thema „Organisieren – eine Methode zur Verteidigung unserer Grundrechte im Betrieb gegen Angriffe auf Gewerkschaften?“. Eine zentrale Aussage ihrer Ausführungen war, dass die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften durch Unternehmen eine „wachsende Gefahr für Demokratie in Betrieb und Gesellschaft“ ist.

Dietrich Growe, Fachanwalt für Arbeitsrecht in Mannheim (Kanzlei Dr. Growe & Kollegen), setzte sich mit der Frage „§ 119 Betriebsverfassungsgesetz – kein Thema im Arbeitsrecht?“ auseinander. Seine Empfehlung für die juristische Bekämpfung des BR-Mobbings lautete, „Konzernvorstände, Aufsichtsratsmitglieder, Eigentümer, Rechtsanwälte und führende Kanzleipartner in die strafrechtliche Verantwortung [zu] nehmen!“

Zum ersten Mal überhaupt wurde eine Bildergeschichte zu Betriebsrats-Mobbing vorgestellt. Unter dem Titel „Die 10 Schritte zur Beseitigung des Betriebsrats“ haben von BR-Mobbing betroffene Kollegen ihre Erlebnisse in einer beeindruckenden Form verarbeitet. Eine Veröffentlichung ist geplant.

Peter Köster (IG BAU Mühlheim, Essen, Oberhausen) skizzierte strategische Perspektiven für die noch wirksamere Bekämpfung von BR-Mobbing durch Betroffene, Solidaritätskomitees und Gewerkschaften.

Konsequente Abwehr ist Pflicht

Die Tagung verabschiedete die Entschließung „Was tun gegen BR-Mobbing!“.*

Das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisierte wie in den Vorjahren die Konferenz mit maßgeblicher Unterstützung durch die örtliche IG Metall. Zur Tagung mit aufgerufen hatten AKUWILL Oberhausen, Betriebsrat General Electric Mannheim, IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

In einem Jahr, am 13. Oktober 2018, soll die 5. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim stattfinden. ■

* Zum Wortlaut der Entschließung siehe S. 3.

Weitere Infos sind unter <http://gegen-br-mobbing> im Netz zu finden.

Musikalischer Abschluß der Konferenz mit Gizem Göziçak.

Foto: helmut-roos@web.de

„Herausforderung BR-Wahlen – Was tun?“ Seminar am 4. November 2017

Zur Vorbereitung der anstehenden Betriebsrats-Wahlen laden wir herzlich ein zu unserem Seminar „Herausforderung BR-Wahlen – Was tun?“.

Es findet am Samstag, dem 04.11.2017, von 13:00 - 19:30 Uhr in Mannheim statt.

Wir wollen uns in einem entspannten Rahmen mit drei thematischen Schwerpunkten befassen:

- Zur Geschichte der Betriebsverfassung: Vor welchen Herausforderungen stehen wir heute?
- Wie und mit wem können wir Gegenmacht im Betrieb organisieren?
- Wie und mit welchen Zielen können wir aktive Betriebsrats-Arbeit durchführen?

Unser gemeinsamer Erfahrungsaustausch wird unterstützt durch die Vorführung eines interessanten Films, kurze praxisorientierte Einleitungsreferate und die gute Möglichkeit, solidarisch zu diskutieren sowie Verabredungen zu treffen.

Bitte meldet Eure Teilnahme bei unseren GenossInnen oder bei info@iso-4-rhein-neckar.de an. ■

Konferenz gegen BR-Mobbing in Mannheim, 14.10.2017.

Foto: helmut-roos@web.de

Was tun gegen BR-Mobbing!

Entschließung der 4. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“

BR-Mobbing ist in Deutschland ein wesentlicher Bestandteil der systematischen Gewerkschaftsbekämpfung (des „Union Busting“). Immer häufiger versuchen Unternehmen, Betriebsräte und gewerkschaftlichen Einfluss in Betrieben zu verhindern oder – falls bereits vorhanden – zu zerschlagen.

BR-Mobbing bedeutet für die davon betroffenen KollegInnen Existenzangst und meist auch Existenzvernichtung. BR-Mobbing führt zu massiven beruflichen, finanziellen, gesundheitlichen, persönlichen und sozialen Schädigungen. Nicht selten sind schwere depressive Erkrankungen die Folge. Es kommt in der Folge sogar zu versuchten Selbsttötungen.

BR-Mobbing gilt offenbar in der Bundesrepublik meist als Kavaliersdelikt. Jedenfalls bleiben die hierfür Verantwortlichen in Unternehmensleitungen und ihre Helfershelfer aus „Rechts“-Anwaltskanzleien, „Beratungsfirmen“, dem Kreis firmenhöri-ger „unabhängiger Betriebsräte“ und Detekteien meist straffrei. Jedenfalls nehmen es Verantwortliche in Politik, Justiz, Medien und leider auch in manchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen entweder gar nicht wahr oder spielen es als „Einzelfall“ herunter.

Tatsache ist aber:

- ▶ Die Be- oder Verhinderung der Wahl von Betriebs- oder Personalräten ist ein Straftatbestand.
- ▶ Die Blockade der gesetzlich festgelegten Aufgaben von gewählten Betriebsratsgremien ist illegal.
- ▶ Das Mobben von Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern ist kriminell.
- ▶ Es handelt sich hierbei um massive Verletzungen von Grund- und Menschenrechten.

Die konsequente Bekämpfung von BR-Mobbing ist deshalb nicht allein eine Pflicht der Gewerkschaften. Politik, Justiz und Medien sind hier ebenfalls gefordert.

Es ist positiv, dass einzelne Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di auf ihren Gewerkschaftstagen Beschlüsse zum Kampf gegen BR-Mobbing gefasst haben. Aber diese müssen konsequent umgesetzt und Politik, Justiz und Unternehmen in die Verantwortung genommen werden.

Wir erneuern deshalb unseren *Mannheimer Appell* gegen BR-Mobbing vom 11. Oktober 2014.

Wir fordern die Einzelgewerkschaften auf, Opfern von BR-Mobbing unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren.

Wir erwarten von unseren Gewerkschaften und dem DGB, dass sie hartnäckig streiten für:

- ▶ die systematische Erfassung und juristische Verfolgung aller Fälle von BR-Mobbing
- ▶ die Bildung spezieller Schwerpunktstaatsanwaltschaften
- ▶ das Durchsetzen eines wirksamen Anti-Mobbing-Gesetzes
- ▶ das Unterbinden von BR-Mobbing durch die Unternehmerverbände in ihren Mitgliedsfirmen
- ▶ den Entzug der Zulassung der „Unrechtsanwälte“, die das Recht nicht pflegen, sondern missachten, zumindest für das Gebiet des Arbeitsrechts
- ▶ die Bildung schneller gewerkschaftlicher Einsatzgruppen, die die umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.

Allen von BR-Mobbing betroffenen KollegInnen rufen wir zu: Gebt nicht auf! Schließt Euch zusammen! Fordert von Euren KollegInnen, der Öffentlichkeit, Euren Gewerkschaften, den politischen Organisationen und den Medien Solidarität! Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Die TeilnehmerInnen der 4. bundesweiten Konferenz
„Betriebsräte im Visier“
Mannheim, den 14. Oktober 2017

Wie macht sich Betriebsrats-Mobbing bemerkbar?

Bericht eines Betroffenen

N. N.

Der Beginn des BR-Mobbing ist schwer zu greifen. Insbesondere, wenn man schon lange Zeit gewählter Betriebsrat ist.

Im Rückblick und mit der Kenntnis von heute muss ich allerdings sagen: Diese organisierten Angriffe gingen schon sehr früh los – in den ersten sechs Monaten meiner ersten Amtszeit.

Man nimmt das BR-Mobbing als solches erst mal gar nicht wahr. „Das bringt das Amt mit sich.“ „Die Härte ist normal, damit hast Du rechnen müssen.“ – solche Aussagen hört man tatsächlich von „erfahrenen“ Betriebsräten, und weil wir Menschen nun mal so sind, wie wir sind, suchen wir auch oft den Fehler bei uns selbst und nicht in der Sache.

Bei dem WIE gibt es viele, viel zu viele Situationen und Szenarien, an die ich mit Unbehagen zurückdenke. Hier kann ich nur einen kleinen Teil darstellen.

Von Anfang an mit dem Thema Gesundheitsschutz im BR-Gremium betraut, kam ich schon sehr früh – aus Unternehmenssicht – „vom rechten Weg“ ab. Im Kampf für die Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes aus dem Jahre 1996 war ich von der Geschäftsleitung schon schnell als treibende Kraft und Unruhestifter ausgemacht.

Dies war wohl auch der Tatsache geschuldet, dass Teile des damaligen BR-Gremiums politische Probleme mit dieser Thematik hatten. Sie verkauften sie beim Management als mein persönliches Steckenpferd.

So war ich von der Geschäftsleitung schon schnell als treibende Kraft und Unruhestifter ausgemacht.

Dies war wohl auch der Tatsache geschuldet, dass Teile des damaligen BR-Gremiums, politische Probleme mit dieser Thematik hatten. Sie verkauften sie beim Management als mein persönliches Steckenpferd.

Beschimpfen

Beschimpfungen durch das Management wie „Quer im Kopf“ oder „Hardcore-BR“ waren und sind fast schon normal. Ich möchte aber nochmals wiederholen: Das heutige BR-Gremium wollte gar nichts besonderes, nicht „das Blaue vom Himmel“.

Wir wollen nur die Einhaltung von Gesetzen - wie zum Beispiel dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Arbeitsschutzgesetz etc. - in unserem Unternehmen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Verteidigung der Demokratie durch die Wahrnehmung unserer Rechte sehen wir gerade in der heutigen Zeit als immer wichtiger an, wenn man das heutige Konstrukt noch Demokratie nennen kann. Es wird ja immer mehr deformiert.

Diese Forderung nach Einhaltung von Gesetzen aber ist der Spitze unseres Unternehmens schon zu viel! Denn Originalton:

„Gelten diese Gesetze auch für unser Unternehmen?“

Trotz diesen Schwierigkeiten bildete sich über die Jahre ein harter und zuverlässiger Kern in unserem Gremium heraus, der gemeinsam für gute Betriebsratsarbeit gemäß unserem Mandat nach Betriebsverfassungsgesetz steht und kämpft.

Der Kontakt mit anderen Betriebsräten aus der Region öffnete einem zusätzlich die Augen. Das Vorgehen der Unternehmensleitungen war vergleichbar – wie abgesprochen organisiert.

Man hört sich die Geschichten der anderen Betriebsräte an und fragt sich: „Hey, schaffst Du bei uns? Woher kennst Du unsere Geschichte?“

Man stellt fest: Es lag und liegt also nicht an mir, an uns. Denn vielen anderen Betriebsräten geht es genauso, aber oft kämpfen sie einzeln und einsam auf weiter Front. So ist man natürlich hilflos dem organisierten Treiben ausgeliefert.

Um nicht auf alle Angriffe der letzten Jahre eingehen zu müssen, möchte ich „nur“ über die aktuellen Zuspitzungen berichten.

Spalten

Der Vorstand griff das BR-Gremium während der letzten Betriebsversammlung vor der gesamten Belegschaft frontal an und trat damit eine Kettenreaktion los.

Der anwesende Gewerkschaftsvertreter verhielt sich dem gegenüber nicht nur neutral, nein im Gegenteil, er musste tatsächlich am Ende seines viertelstündigen Referates die Belegschaft darauf hinweisen, dass er EIGENTLICH auf der Seite des Betriebsrats steht.

Im Anschluss an die Versammlung legten Betriebsratsmitglieder ihr Mandat nieder. So wurde der Betriebsrat gespalten und zur Neuwahl gezwungen. Die Neuwahl wurde von den Ex-Betriebsräten in der Betriebsöffentlichkeit auch gleich mit Termin angekündigt. Sie durften mit dem Segen des Managements – aber ohne BR-Mandat – Abteilungsversammlungen abhalten, in denen sie das restliche BR-Gremium diffamierten. Dass dies nicht gesetzeskonform war, störte trotz Protest des Betriebsrats keinen im Management.

Andere Betriebsräte wurden zur Seite genommen, und es wurde ihnen eingeredet, dass man mit ihnen viel besser könne als mit dem aktuellen Vorsitzenden. Mit dem wollte aus der Geschäftsleitung sowieso keiner mehr reden und arbeiten.

Zeitgleich wurde der BR-Vorsitzende auf „sozialen“ Plattformen von Kollegen beschimpft und angegriffen. „So jemanden wie DU braucht man nicht!“

Das Management selbst konfrontierte ihn mit Kommentaren auf anderen Netzwerken. Es wurde ein „Profil“ erstellt.

Spätestens jetzt merkt auch der Unsensibelste, was die Stunde geschlagen hat. ■

Als sich alles änderte

Die russische Revolution vor hundert Jahren

Würdigung, Film, Musik, Literatur

Dienstag, 7.11.17, 19:00 Uhr (Einlass ab 18:30 Uhr)

Cinema Quadrat, Collinistr.1, MA

Zehn Tage, die die Welt erschütterten - so nannte der US-Journalist John Reed seinen Bericht über den Oktoberaufstand. 100 Jahre später ist es Zeit, sich zu erinnern.

Zweifelsohne war das, was 1917 geschah, ein Jahrhundertereignis. Die Februarrevolution stürzte die feudale Diktatur der Zaren. Sie eröffnete eine Phase heftigster Kämpfe. Alles änderte sich. In Russland und weit darüber hinaus.

Professor Dr. Helmut Dahmer (Wien) ist ein ausgewiesener Kenner dieser Geschichte. Unter dem Titel *Oktober 1917 - Putsch oder revolutionärer Aufbruch?* wird er die Geschehnisse kritisch würdigen.

Plakat zur Oktoberrevolution:
Bücher aller Wissenszweige, Rodtschenko, 1924.

Foto: Privatarchiv.

1917

Sergej Eisensteins Stummfilm-Klassiker *Oktober* bringen wir in einer restaurierten Kurz-Fassung zur Aufführung. Bereits vor der Erstaufführung 1928 wurde das Werk stalinistischer Zensur unterworfen. Seine Geschichte spiegelt auch die Bürokratisierung der nachrevolutionären Gesellschaft wider.

Das famose **Kleine Elektronische Weltorchester** liefert die Live-Musik zu den bewegten Bildern. Wir freuen uns auf **ewo²** mit **Bernd Köhler (Gesang, Gitarre), Laurent Leroi (Akkordeon) und Joachim Romeis (Geige)**.

Und nicht zuletzt rezitiert die großartige Mannheimer Schauspielerinnen **Bettina Franke** russische Revolutionsliteratur.

Als sich alles änderte
Die russische Revolution
vor hundert Jahren
Würdigung, Film, Musik, Literatur
Dienstag, 7.11.17, 19:00
Cinema Quadrat, Collinistr.1, MA
* Vortrag von Prof. Dr. Helmut Dahmer * Stummfilm-Klassiker
Oktober (Kurzfassung) von Sergej Eisenstein * Live-Musik von
ewo² mit Bernd Köhler - Laurent Leroi - Joachim Romeis
* Lesung mit Bettina Franke

2017

Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ und Cinema Quadrat Mannheim mit freundlicher Unterstützung von attac MA, Rosa-Luxemburg-Siftung BA-WÜ und Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar

Ziele und Scheitern der Oktoberrevolution (II)

Ursachen des Scheiterns der Oktoberrevolution*

O. T.

Die Revolution in Russland ist nicht erst im Jahr 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion gescheitert, sondern schon viel früher aufgrund der bürokratischen Entartung, die in die brutale Unterdrückung durch den Stalinismus mündete. Das ursprünglich positive Bild des Sozialismus/Kommunismus wurde dadurch bis heute nachhaltig geschädigt.

Nach dem gewonnenen Bürgerkrieg (1918 – 1920) wurden politische Maßnahmen eingeleitet, die den Prozess der bürokratischen Entartung begünstigt haben.

Verbot der Sowjetparteien

Als den schlimmsten Fehler sehen wir in Anlehnung an Ernest Mandel** das Verbot der Sowjetparteien (Menschewiki, Anarchisten ...).

Sowohl dieses Verbot als auch die politische Begründung hierfür haben sehr großen Schaden angerichtet. Die Begründung lautete zusammengefasst: Das Proletariat sei in seiner Mehrheit zu wenig bewusst, um ein Land regieren zu können. Deshalb müsse die Partei beziehungsweise ihre Führung anstelle der ArbeiterInnenklasse diese Aufgabe übernehmen.

Rosa Luxemburg hat sich mit dieser Frage kritisch auseinandergesetzt.

Sie schrieb: „Der Grundfehler der Lenin-Trozkistischen Theorie ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. [...] Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie [...] Lenin-Trozkis entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur (des Proletariats) im Gegensatz zur Demokratie [...]“

Sozialistische Demokratie beginnt nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat.“

Trozkis stellte später in *Verratene Revolution* (1936) fest: „Das Verbot der Oppositionsparteien zog das Verbot der Fraktionen nach sich; das Fraktionsverbot mündete in das Verbot, anders zu denken als der ‚unfehlbare Führer‘. Der polizeiliche Monolithismus der Partei brachte die bürokratische Straflosigkeit mit sich, die zur Quelle aller Spielarten von Zügellosigkeit und Zersetzung wurde.“

Vermeidbarkeit des „Kriegskommunismus“

Mandel zufolge ist es schwierig zu beurteilen, inwieweit die Politik der Beschlagnahme des Getreides durch die belagerte Sowjetmacht in den Jahren des „Kriegskommunismus“ – von 1918 bis 1920 – zumindest in einem gewissen Maße unvermeidlich war. Aber es stehe fest, dass sie das Arbeiter- und Bauernbündnis, also die Grundlage der Sowjetmacht, sprengte.

Als Folge der Beschlagnahmungen gab es einen immer deutlicheren Rückgang der Nahrungsmittelproduktion. Dadurch drohte die gesamte russische Wirtschaft zusammenzubrechen.

Im Austausch für die gleiche Menge Getreide erhielt der Bauer nur noch 5% der Industrieprodukte aus den Jahren 1917/1918.

Daraus wiederum resultierte ein absoluter Rückgang des Anbaus von Getreide. Aufgrund der sinkenden Getreideproduktion gab es

immer weniger zu beschlagnahmen, und der Hunger der Bevölkerung wuchs.

Trozkis hatte frühzeitig die Abkehr vom „Kriegskommunismus“ und stattdessen eine „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) gefordert, die ein geschmeidigeres Vorgehen ermöglicht hätte.

Dies wurde aber von Lenin und der Mehrheit der Parteiführung zunächst abgelehnt. Das war ein schwerer Fehler, der letztlich teuer zu stehen kam. Die weitere Fortführung des „Kriegskommunismus“ auch noch nach dem Bürgerkrieg löste dann die soziale Krise von 1921 einschließlich des Aufstands von Kronstadt aus.

Geheimpolizei ohne öffentliche Kontrolle

Die Tscheka („Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage“) war die politische Geheimpolizei des revolutionären Russland. Sie war im Dezember 1917 maßgeblich aufgrund der Forderungen der Linken Sozial-Revolutionäre gegründet worden.

Lenin hatte sich nach dem Bürgerkrieg für eine Begrenzung des Handlungsspielraums der Tscheka eingesetzt. Sie sollte nur noch für Spionageprobleme, politische Anschläge, den Schutz der Eisenbahn und der Lebensmittellager zuständig sein; jede andere repressive Tätigkeit sollte Aufgabe des Volkskommissariats für Justiz sein.

Jedoch lässt sich eine Geheimpolizei keiner öffentlichen Kontrolle unterziehen. Sie entfaltet dadurch eine eigene gefährliche Dynamik, die sich gegen den Rechtsstaat richtet.

Die Bildung der Tscheka, ihre Nichtkontrollierbarkeit und die dadurch erfolgte Verselbständigung war ein weiterer schwerer Fehler, der die Herausbildung der stalinistischen Bürokratie begünstigt hat.

Parteienverbot, „Kriegskommunismus“ und eine unkontrollierbare Geheimpolizei haben aus Sicht von Mandel und der IV. Internationale insgesamt entscheidend mit zur bürokratischen Entartung der Sowjetunion und dem Scheitern der Oktoberrevolution beigetragen. ■

* Fortsetzung und Schluss des gleichnamigen Artikels aus *Avanti*² Nr. 38.

** Ernest Mandel, *Oktober 1917 – Staatsstreich oder soziale Revolution?*, Köln 1992.

Verkündung der Sowjetmacht in einem Dorf in Kasachstan 1917.

Abbildung aus DDR Geschichtsbuch 9. Klasse, 1982, Privatarchiv.

Links! Links! Links!

B. S.

Im zweiten Teil des Artikels zu Werken aus der frühen Sowjetzeit geht es um Literatur, die näher am Alltag der Menschen ist.*

Fjodor Panfjorow (1896 – 1960) schreibt mit seinem Roman *Die Genossenschaft der Habenichtse* – im Russischen einfach „Brusski“ nach dem Namen des bearbeiteten Brachlandes – 1928 eine Dorfgeschichte in der Umbruchzeit. Er zeigt die Schwierigkeiten bei der Überwindung der Missgunst und des Konkurrenzdenkens der Einzelbauern, die ihr Eigentum hüten. Dem stellt er das Beispiel der kollektiv arbeitenden Habenichtse entgegen. Deren Arbeit wird vom technischen Fortschritt, einem Traktor, unterstützt. Ihre eigentliche Kraft aber besteht im Kollektiv! Auch im gemeinsamen Gesang!

Bei der Kultivierung des Brachlandes muss ein Graben gezogen werden. Jugendliche stimmen ein Lied an, in das einer „mit seinem hellen Tenor“ einstimmt, so „daß alle einen Augenblick still wurden, dann lachten und noch kräftiger in das Lied einstimmten.“

...Dann brach das Lied irgendwie ganz von selbst ab. Es verstummte, und man hörte nur den schweren rhythmischen Atem der Menge, das Klirren der Spaten...“ Die gemeinsame Arbeit führt zum Erfolg.

„Der Graben wand sich als schwarzer Spalt wie lebendig dahin.“

Da ist sie, die kollektive Arbeit, – sagt, Ogniew mit zitternder Stimme. – Wenn wir nur könnten, wenn wir darangingen... könnten wir Berge versetzen...“

Panfjorow ist ein besonderer Erzähler. Seine Naturbeschreibungen sind ebenso eindrucksvoll wie die Darstellung des Lebens der Landbewohner.

„Auf den Tennen starteten die übriggebliebenen Halme des vorjährigen Heus wie mit einer spöttischen Geste in die Luft, finster blickten die Scheunen, und unter dem Dünger glotzte gelbliches Grün hervor. An den Hängen des Brennesselgrundes glucksten und brausten die Frühlingswasser die Wasserrisse der Schluchten entlang...“

Panfjorow soll das Buch als Wohnungsloser im Büro geschrieben haben, es war ein Erfolg.

So wundert es nicht, dass es 1933 bei den Bücherverbrennungen der Nazis auf den Scheiterhaufen kam.

Ilja Ehrenburg

Der erste sowjetische Schriftstellerkongress 1934 verkündete den „Sozialistischen Realismus“. Das klingt positiv, war aber von einer Regelwut bestimmt. Im „Sozialismus“ gibt es nichts Negatives, die Realität ist gut! Sie musste positiv beschrieben werden. Verstöße wurden geahndet, das konnte tödlich sein. Nach Stalins Tod gab es beim zweiten Schriftstellerkongress 1954 eine Öffnung – als „Tauwetter“ bezeichnet. *Tauwetter* heißt der Roman von Ilja Ehrenburg, er gab der Öffnungsperiode seinen Namen.

Der Roman erzählt eine Liebesgeschichte, von der Arbeit in einem Werk, von der Versetzung eines bürokratischen Fabrikdirektors und diskutiert dabei an Beispielen aus Literatur und Malerei die Öffnung der Kulturszene.

Bei einer Leserkonferenz – offensichtlich ein Bestandteil der Kulturszene – fallen die Äußerungen: „Vermutlich war es dem Autor darum zu tun, auf billige Art Spannung hineinzubringen. In Wirklichkeit sind unsere Sowjetmenschen doch innerlich viel sauberer, viel ernster. Subzows Liebe hingegen scheint mir mechanisch aus den Werken bürgerlicher Schriftsteller auf die Seiten eines sowjetischen Romans übertragen zu sein.“

Die Kritik an der Malerei lautet: „Niemand streitet der Landschaftsmalerei die Daseinsberechtigung ab. Was aber zeigt

uns Saburow? Auf seinem Bild sehen wir ein Haus aus unserer Arbeitersiedlung. Warum hat er es so wenig ansprechend gemalt? Das ist kein Zufall, Genossen, denn hier haben wir es mit dem offenen Bestreben zu tun, unsere Wirklichkeit zu diffamieren.“ Dagegen wird „Puchows wunderbares Bild“ gesetzt, „das der glücklichen Kindheit unserer Kleinen gewidmet ist. Puchow schneidet jedes Jahr die Probleme an, die uns auf den Nägeln brennen und die in unseren führenden Zeitungen diskutiert werden.“ Nun aber tritt *Tauwetter* ein.

Der Begriff „Tauwetter“ steht im Roman, als frische Frühlingsluft, die durch eine Lüftungsklappe dringt. „Wera, endlich haben wir *Tauwetter*...“

Ilja Ehrenburgs (1891 – 1962) ist außerordentlich vielfältig. Über die Kulturszene in Russland und der Sowjetunion kann mensch in seiner Autobiographie *Menschen Jahre Leben* viel erfahren. Die große Zahl seiner Kontakte und seiner Betrachtungen ist verblüffend.

Meine Auswahl ist subjektiv, aber ich hoffe, dass ich Neugierde geweckt habe. Es gibt noch viel zu entdecken! ■

* Fortsetzung und Schluss des gleichnamigen Artikels aus *Avanti*² Nr. 38.

Foto: Privatarhiv

Umschlag der Deutschen Erstausgabe von *Die Genossenschaft der Habenichtse* (1928).

Rosa und der Rote Oktober

O. T.

Rosa Luxemburg schrieb 1918 in ihrem Text *Die russische Revolution*:

„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. [...] Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats.

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohl erworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen lässt. Aber diese Diktatur muss das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer

unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.“ ■

Rosa Luxemburg (um 1895-1900).

Foto: Gemeinfrei.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.11.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 04.11.2017, 13:00 Uhr, BuG-Seminar zu Betriebsratswahlen, MA
- DI, 07.11.2017, 19:00 Uhr, 100 Jahre Oktoberrevolution, Cinema Quadrat MA
- SO, 12.11.2017, 13:30 Uhr, ISO-Herbstwanderung
- MI, 15.11.2017, 19:00 Uhr, „Das Kapital“ – was kann uns Marx heute noch sagen?, Ökumenisches Bildungszentrum sanctclara, 3. OG, B5, 19, MA
- DO, 16.11.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 18.11.2017, 19:00 Uhr, Konzert gegen rechte Gewalt und Rassismus, Pfarrheim LU- Mundenheim, Pfarrer-Krebs-Str. 40
- FR, 24.11.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung „CHE – Mythos und Realität“, MA
- SO, 25.11.2017, 19:30 Uhr, „Luther, Müntzer – ‚Für altes Recht und neue Freiheit‘“ – Ein musikalisch-literarisches Zeitemal, Lutherkirche, Lutherstr. 2, MA